

## Bischof Karl Ludwig Kohlwege: Migration und Integration als Herausforderung der Kirche und Diakonie

Die Aktualität der Themen „Migration“ und „Integration“ ist wirklich erstaunlich. Auch das Engagement, das auch auf vielen Ebenen in vielen Bereichen für diese Themen aufgebracht wird, die Leidenschaft geradezu, die im Blick auf Migration und Integration entwickelt wird in Bereichen, in denen man es vor kurzem noch gar nicht erwartet hätte. All das lohnt den Rückblick, weil es kein naturwüchsiger Prozess ist, den wir verfolgen, der gleichsam von selbst entstanden wäre. Es handelt sich nicht um einen Kairos, der sich ohne menschliches Zutun im Blick auf die Aktualität dieser Thematik eingestellt hätte, sondern daran ist gearbeitet worden.



↓  
Im Oktober 1993 erschien eine Schrift, die in diesem Prozess eine wichtige Rolle spielt. Sie trägt den Titel „Das Manifest der 60 – Deutschland und die Einwanderung“, herausgegeben von meinem Vorredner Professor Bade. Und damals, vor nur sieben Jahren, melden sich in einer ganz anderen mentalen Situation dieser Thematik Wissenschaftler zu Wort, die die gemeinsame Sorge – wie sie sagten – über die mangelhafte politische Gestaltung von Migration und ihrer Folgen in Deutschland zusammengeführt hatte. Und sie haben sich im Vorwort dieses Programm vorgenommen: Es geht uns um eine umfassende Konzeption für Zuwanderung und Einwanderung und Eingliederung, Einwanderungsgesetzgebung und Migrationspolitik. Hier tauchen Stichworte und Themen auf, von denen sie meinten, dass ihre politische Diskussion und Bearbeitung in Deutschland erheblichen Mangel litten.

Damals standen – wenn ich Ihre Erinnerung wachrufen darf – andere Dinge im Vordergrund, es waren die fremdenfeindlichen Ausschreitungen, es waren die Phänomene von Gewaltakzeptanz, die wir zu beklagen hatten, und die Diskussion konzentrierte sich stark auf Ursachen dafür sowie auf die Fragen der Schadensbegrenzung. Im Vordergrund standen Themen wie Gewalt und Jugend, Medien und Konflikte in einer multikulturellen Gesellschaft. Im Vordergrund standen vor allem Asyl und Asylmissbrauch. Und in diesem Zusammenhang machen Sätze die Runde, es lohnt sich daran zu erinnern:

„das Boot ist voll“, „Ausländer nehmen uns die Arbeit weg“, „wir müssen uns wehren gegen Überfremdung“, und der kleinste gemeinsame politische Nenner – er ist schon erwähnt worden –, auf den dann sehr häufig zugegriffen wurde, lautete: „Deutschland ist kein Einwanderungsland“.

Dagegen setzten diese 60 Autoren, die das Manifest trugen, den damals kühnen Satz „Deutschlands Zukunft hängt von einer Migrations- und Integrationspolitik mit Vernunft und Augenmaß ab“ – Migrations- und Integrationspolitik ist nicht nur ein wichtiges Thema, das unter anderem auch behandelt werden muss, sondern eine Zukunftsfrage. Und damit wollten sie in einem kühnen Griff gleichsam den Rahmen abstecken und Inhalte und Ziele vorgeben in diesem immer noch lesenswerten Buch „Das Manifest der 60“. Den letzten Abschnitt dieses 10-teiligen Manifestes überschrieb Claus Leggewie etwas bissig mit „Das Ende der Lebenslüge“, nämlich „Deutschland kein Einwanderungsland – Plädoyer für eine neue Einwanderungspolitik, von der real existierenden zur formellen Einwanderungspolitik“. „Von der real existierenden“ – damit meinte er, es gab sie ja längst – und zwar in Form eines liberal akzeptierten Sickerprozesses, wie Wasser, das sich allmählich durch verschiedene Schichten durcharbeitet. Die staatliche Nichtentscheidung, schreibt er, bestand darin, Einwanderung zwar nicht ausdrücklich zu fördern, aber sie geschehen zu lassen und sich mit dem Ergebnis ausländerpolitisch oder auch ausländerpolizeilich zu beschäftigen. Angesichts dieser Situation war für ihn die Forderung, und das trugen die 60 mit: der Weg muss sein von der Ausländerpolitik zur Einwanderungspolitik, von der Verweigerung zur Gestaltung. Das war die Devise, und ich meine, in der Gesamtdiskussion ist dieses Buch ein ganz wichtiger Impuls gewesen, weiter zu denken als die damals im Vordergrund stehenden Schlagworte.

Diese Richtungsangabe ist dann aufgenommen worden von einer Schrift, der ich ebenfalls erhebliche Bedeutung in der Weiterführung des Diskussionsprozesses beimesse, nämlich in dem gemeinsamen Wort der Kirchen zu den Herausforderungen durch Migration und Flucht. Diese von der Evangelischen Kirche in Deutschland, von der katholischen Bischofskonferenz und von der

Arbeitsgemeinschaft christlicher Kirchen veröffentlichte Schrift ist die bis heute gültige, entscheidende Positionsbestimmung in Sachen Migration und Integration. Sie wissen, dass ich in der Zuwanderungskommission bin. Ich habe von vornherein gesagt, meine Position ist die, die in dieser Broschüre sich dokumentiert. Das ist die evangelisch-katholische, gemeinchristliche Haltung in Deutschland, und die Positionen, die dort niedergelegt sind, habe ich zu vertreten. Das verstehe ich gleichsam als ein Mandat. Ich habe ja auch selbst mitgearbeitet an diesem gemeinsamen Wort. Es ist auch die entscheidende theologische Grundlegung für unser Verhältnis zu Migration von Ausländern und zur Frage der Integration. Das ist ein nach wie vor lesenswertes Werk, besonders in seinem theologischen Teil. Es ist dem Papier zu entnehmen, welche elementare, zentrale Bedeutung die Existenz der Fremden für die Tradition Israels und der Kirche hat, weil Israel selbst aus dem Schicksal der Migration hervorgegangen ist, weil immer wieder Migration das Schicksal der frühen Kirche begleitet hat.

Dieses Wort führt – wie gesagt – die Position des Manifestes der 60 weiter, nimmt entscheidende Grundpositionen auf und konkretisiert sie an einer ganzen Reihe von Punkten, besonders im Bereich der Integration. Ich erwähne nur zwei Punkte: Das ist die Frage des islamischen Religionsunterrichtes, die sehr positiv angesprochen wird als ein notwendiges, integrationsförderndes Element in unserem Zusammenleben, und die Frage der Staatsbürgerschaft für Kinder von ausländischen Eltern, die schon lange hier in Deutschland leben.

Wir können für uns in Anspruch nehmen, dass wir für das politische Geschehen mit dieser Ausarbeitung entscheidende Impulse gegeben haben.

Ähnlich wie im Manifest der 60 nimmt die Veröffentlichung der Kirche ihren Ausgang bei den fremdenfeindlichen Übergriffen der frühen 90er Jahre. Sie entwickelt eine These, die sich trifft mit der, die die 60 darstellen: Es wird ein entscheidender Mangel in der politischen Diskussion der Bundesrepublik aufs Korn genommen, wenn gesagt wird: die Begegnung der Angst von unten, der Angst vor einer ungesteuerten, unkontrollierbaren, scheinbar massenhaft sich vollziehenden Zuwanderung, mit der Entscheidungsunfähigkeit angesichts dieser Phänomene von oben schafft eine explosive Mischung, die sich in fremdenfeindlichen Übergriffen und Exzessen entlädt, die wir Anfang der 90er Jahre zu beklagen hatten.

Das ist meines Erachtens eine schlüssige Argumentation in diesem Buch, und daraus wird die entscheidende Schlussfolgerung gezogen im Punkt 60: „Spätestens seit den Erfahrungen der frühen 90er Jahre aber ist offenkundig: Migrationspolitik ist Gesellschaftspolitik im weitesten Sinne; denn Migrationsfragen sind heute nicht mehr Randprobleme, sondern zentrale gesellschaftspolitische Aufgaben und werden aller Voraussicht nach in ihrer Bedeutung künftig noch zunehmen. Migrationspolitik kann nur erfolgreich sein, wenn sie sich auf einen möglichst breiten Grundkonsens stützen kann. Sie kann in einer freiheitlichen Demokratie nicht gegen die einheimische Mehrheit durchgesetzt werden, wenn gefährliche Folgen, vor allem zu Lasten zugewanderter Minderheiten, aber auch des politischen Systems insgesamt, vermieden werden sollen. Für ihre Akzeptanz und die der zugewanderten Minderheiten muss mithin – wie bei der Aussiedlerintegration – bei der einheimischen Mehrheit geworben werden.“

Das ist die entscheidende Feststellung und sie hat in der Tat politisches Klima geprägt und mitbestimmt. Migrationsfragen sind keine Randprobleme mehr, sind keine Fragen mehr, mit denen man sich unter anderem auch beschäftigen muss, sondern sie sind eine zentrale gesellschaftspolitische Aufgabe, für deren Lösung ein möglichst breiter Grundkonsens nötig ist. Wir können feststellen, wenn wir uns die allgemeine Diskussion in den Parteien, in den Verbänden, auch bei solchen Treffen wie unsere, anschauen, dass diese Feststellungen, die damals vor vier Jahren getroffen worden sind, dabei sind, Allgemeingut zu werden und politisches Bewusstsein zu prägen. Das Gemeinsame Wort, auf das ich noch einmal etwas ausführlicher eingegangen bin, kann für sich in Anspruch nehmen, zusammen mit anderen zu einem sich verbreiternden Konsens in der Richtung beigetragen zu haben, dass eine Aufgabe erkannt und Handlungsverantwortung übernommen wird. Deswegen gibt es eine intensive Beschäftigung mit dieser Thematik in Parteien und Verbänden, deswegen die Vielzahl von Äußerungen, von Kommissionsberichten, von Positionspapieren aus allen nur erdenklichen Richtungen, deswegen die hohe Medienaufmerksamkeit – ich empfehle die Serie in DER ZEIT zu verfolgen – deswegen die Unabhängige Kommission „Zuwanderung“, die der Innenminister eingesetzt hat – auch in der Zusammensetzung diesem entscheidenden Ziel des Konsens dienend. Das ist, wie gesagt, kein naturwüchsiger Prozess, das läuft nicht einfach so ab, das ist kein Kairos, sondern das ist erarbeitet worden.

Aus einem Randthema ist ein Zentralthema geworden, das allerdings eine entscheidende Frage aufwirft, wie wir zurechtkommen mit dem 4- oder 3-Jahresrhythmus im politischen und parlamentarischen Leben. Herr Bade hat in seinem jüngsten Artikel, den ich Ihnen als Lektüre empfehle, in „Der Zeit“ gesagt: Wer sich mit Migrationspolitik ernsthaft beschäftigt, der muss weiter zählen können als bis drei oder bis vier, er muss bis zehn zählen können, am besten bis 20 oder noch etwas weiter. Weil die Thematik diese Langfristigkeit verlangt, kann sie nicht eingeordnet werden in den kurzatmigen politischen Rhythmus, den wir gewohnt sind. Und ich meine zu dieser Langfristigkeit, die erforderlich ist, zählt auch der sorgfältige Umgang mit dem Wort, zählt der Totalverzicht, ausländergefeindliche Stimmung für eigene und andere Zwecke einzusetzen und zu gebrauchen. Davon haben wir ja einige Exempel erlebt, die man unserem Gemeinwesen nicht wünschen kann.

Ich sprach von einem sich verbreiternden integrationspolitischen Konsens, und wir können für uns in Anspruch nehmen, einen Beitrag zu dieser Entwicklung geleistet zu haben. Welche Elemente enthält dieser Konsens? Wie lässt er sich im Einzelnen darstellen? Ich will meine Beobachtungen einmal versuchen aufzuzählen: Ich beobachte Übereinstimmung darin, dass die Zuwanderung von qualifizierten Arbeitskräften nötig ist. Wir sind ein rasch alterndes Volk. Die Erwerbsbevölkerung wird in einem relativ kurzen Zeitraum rapide zurückgehen. Demografen haben festgestellt, dass in den 50 Jahren, die vor uns liegen, die Zahl der Menschen im Alter zwischen 20 und 60 Jahren, also die Erwerbsfähigen und Erwerbstätigen, ohne Zuwanderung von 46 auf 27 Millionen schrumpfen würden – also praktisch um fast 20 Millionen reduziert werden würden. 20 Millionen weniger Erwerbstätige, das ist eine enorme Bedrohung für Wohlstand, Wirtschaftskraft, Innovationsvermögen der Wirtschaft und Leistungsfähigkeit der Sozialsysteme. Ich glaube, das ist ein Faktum, das ebenfalls dabei ist, die Köpfe und Herzen und Gemüter zu erobern und zu Handlungskonsequenzen aufzurufen. Professor Münz – ich weise auf seinen migrationspolitischen Aufsatz in DER ZEIT vom 20.4. hin –, Bevölkerungswissenschaftler an der Humboldt-Universität Berlin, zieht daraus die Schlussfolgerung, dass wir dringend in Zukunft Zuwanderer benötigen und dass wir das Potenzial der im Lande lebenden Erwachsenen besser ausschöpfen müssen, sonst droht ein enormes Defizit an Arbeitskräften in unserem Volk. Er plädiert für die Anhebung des Rentenalters – davon haben wir ebenfalls von Professor Bade gehört. Es scheint

sich ein Konsens unter den Experten herauszubilden: mehr berufstätige Frauen und Mütter durch bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie – da können wir eine ganze Menge lernen, sagen uns die Kundigen, aus den skandinavischen Ländern. Vor allem brauchen wir eine neue Migrationspolitik. Wir müssen mehr aktive und attraktive Zuwanderer ins Land rufen. Wie man das macht, kann man von den klassischen Einwanderungsländern in Übersee lernen. Deutschland braucht Einwanderer – das ist seine Devise, sonst können wir unseren Wohlstand nicht halten. Wir brauchen ökonomisch aktive Zuwanderer, sie nützen uns – sie bedrohen uns nicht. Das ist sein Appell, und wie ich es verfolge, stößt dieser Appell in den Kreisen wirtschaftlich Kundiger und Verantwortlicher auf zunehmenden Konsens.

Man merkt, wenn man diese Zahlen vor Augen führt, und damit Zuwanderung von ökonomisch aktiven Menschen begründet, dass damit ein Akzeptanzproblem besonders dringender Art sich stellt bei 3,6 Millionen Arbeitslosen in unserem Land. Das Konzept, das für die Anwerbung, für die Auswahl, für die Quotierung und für die Qualifikation von Zuwanderern entworfen wird, darf nicht nur für die Betroffenen und Interessierten plausibel sein, es muss auch einleuchtend sein für eine Gesellschaft, die unter sehr hoher Arbeitslosigkeit leidet. Hier ist ein Spagat besonderer Art notwendig. Diese Form von Zuwanderung, für die sich Konsens herausbildet, verlangt eine ganze Reihe von Parallelmaßnahmen, um sie durchsetzbar zu machen. Dazu gehört insbesondere die Mobilisierung und Qualifizierung von Arbeitslosen – anders ist das überhaupt nicht denkbar. Hier wartet eine gesellschaftspolitische Aufgabe besonderer Stringenz auf uns.

Ich meine, meine Damen und Herren, wir werden uns als Kirche und Diakonie nicht gegen eine arbeitsmarktorientierte Zuwanderung sträuben, aber wir werden uns wie in der Vergangenheit an das oft zitierte Wort von Max Frisch (jetzt 90 Jahre alt geworden) halten: „Wir riefen Arbeitskräfte und es kamen Menschen“ – Menschen mit Familie, Menschen mit ihrer Sprache, mit ihrer Kultur, mit ihrer Religion, mit ihrer Identität, Menschen, die Hilfe brauchen, um in einer fremden Welt zurecht zu kommen; Menschen, – und das ist ganz entscheidend – zu denen nicht die einzige Brücke die Nutzung ihrer Arbeitskraft sein darf.

Ich gehe davon aus, dass wir im Zeichen des Konsenses uns gegen diesen sich abzeichnenden migrationspolitischen Paradigmenwechsel in unserem Land nicht sper-

## ■ Migration und Intergration als Herausforderung der Kirche und Diakonie

ren werden. Wir werden ihn mit vollziehen. Wir werden das Neue mitmachen und begrüßen, wenn es heißt: Wir öffnen uns, wir wollen, dass Menschen von draußen kommen, sie sind uns willkommen, wir benötigen sie. Wir werden diese Öffnung bejahen – und wir werden die Regeln und die Bedingungen, unter denen die Ausgesuchten, die Angenommenen, die Angeworbenen und die Umworbenen diese sich öffnende Tür durchschreiten (Professor Bade gebrauchte ja auch dieses Bild) sehr genau in Augenschein nehmen. Und wir werden möglicherweise auch Mut machen, auf diesem neuen Feld Erfahrungen zu sammeln, Experimente zu wagen, und wir werden gleichzeitig, das halte ich für eine Aufgabe für Kirche und Diakonie angesichts dieser Herausforderung, mahnen, die Erwartungen nicht allzu hoch zu stecken, was Steuerung und Begrenzung von Zuwanderung betrifft. Das sind ja zwei oft genannte Zielpunkte. Ich glaube, man geht in die Irre, wenn man meint, mit einer gesetzlich geregelten Zuwanderung von ökonomisch aktiven und brauchbaren Kräften diese beiden Zielpunkte zu erreichen. Denn wir haben in unserem Land humanitäre Verpflichtungen, wir haben das Asylrecht, wir haben die Genfer Flüchtlingskonvention, wir haben die europäische Menschenrechtskonvention, wir bejahen den Familiennachzug, es ziehen Familien nach und es kommen Spätaussiedler in großer Zahl, es werden Bürgerkriegsflüchtlinge bei uns Schutz suchen – auch eine Entwicklung, die wir kaum beeinflussen können. Das sind Zuwanderungsströme, die nur begrenzt oder überhaupt nicht steuerbar sind und für die Quoten auf keinen Fall festgesetzt werden können. Ich meine, dass auch hinsichtlich dessen Konsens erreicht wird. Jedenfalls werden wir als Kirche und Diakonie uns dafür einsetzen, dass dies auch zu einem neuen migrationspolitischen Konsens unabdingbar hinzugehört.

Was das Asylrecht betrifft, haben die Kirchen und Diakonie schon früh deutlich gemacht, dass Einwanderungspolitik und Asyl nicht gekoppelt werden dürfen im Sinne von „wir werden die Zahl der brauchbaren Zuwanderer erhöhen und dafür restriktiv sein in Sachen Asyl“. Menschen auf der Flucht können nicht gegengerechnet werden mit Zuwanderern, die der Arbeitsmarkt braucht. Zweifellos müssen die Asylverfahren beschleunigt werden (ohne dass die Qualität der Entscheidungen darunter leidet). Ich glaube, es gehört auch mit in den Bereich des Konsensfähigen – ein Verfahren, das acht Jahre dauert ist keinem zumutbar.

Ich meine auch, dass unter den Asylbewerbern Menschen sind, deren Qualifikation in Deutschland nötig ist

und gebraucht wird. Es darf nicht die Regel werden: Einmal Asyl – nie wieder Einwanderung. Das kann nicht die Devise sein für eine Migrationspolitik mit Vernunft und Augenmaß.

Darüber hinaus werden sich Kirche und Diakonie immer wieder zu Wort melden bei Entscheidungen, die nicht akzeptabel sind, die Protest herausfordern, die einzuordnen sind unter die so genannten Härtefälle. Ich meine, wir müssen uns um Regelungen bemühen, die solche sehr umstrittenen Entscheidungen in Sachen Asyl revisionsfähig machen, die noch einmal zum Nachdenken auffordern und möglicherweise ein Schicksal wenden, eine Entscheidung verändern. Ich meine damit ganz konkret die Kirchenasylfälle. Es sind bei 30.000 Abschiebungen im Jahr relativ wenige Kirchenasylfälle, und die meisten, die ich kenne, sind sehr verantwortlich von den Gemeinden oder von Gruppierungen oder von Einzelnen unternommen worden. Und wenn man das Kirchenasyl, das immer eine problematische Entscheidung ist, nicht vermehren will, dann wird man sich um Härtefallregelungen bemühen müssen. Die Frage der Verrechtlichung sollte dabei kein Hinderungsgrund sein.

Überhaupt werden wir als Kirche und Diakonie angesichts der eingetretener Veränderungen im Asylrecht immer wieder auf einen Punkt aufmerksam machen: die Asylrechtsänderung von 1993 mit der Statuierung von sicheren Herkunftsländern, von denen wir umgeben sind, hat in der Tat unser Asylrecht überflüssig gemacht. Denn alle, die kommen, bis auf die wenigen, die über Flughäfen kommen, haben sichere Drittländer passiert und müssten da schon den Schutz finden können, den sie suchen. Trotzdem landen bei uns immer noch siebzig- bis neunzigtausend. Ich meine, diese Tatsache führt vor dem Hintergrund der gesetzlichen Veränderung dazu, dass eine für mich gravierende Mentalitätsänderung eingetreten ist: Es sind alles Menschen, die an und für sich nicht hier sein dürften. Es sind alles Menschen, die als Erstes die Frage provozieren: Nicht, was ist dein Schicksal, was hast du hinter dir, sondern auf welchem Weg bist du zu uns gekommen? Und das ist eine gravierende Veränderung in der Einstellung zu Menschen auf der Flucht. Wie immer ihre Motive sind, was immer sie auf den Weg gebracht hat, es wird niemals eine leichtfertige Entscheidung gewesen sein, ihre Heimat zu verlassen. Abenteuerer mag es geben, aber für die meisten nehme ich das nicht an. Und es wird nicht mehr entscheidend und als Erstes ihr Schicksal gewogen, sondern es wird nach dem Weg gefragt, und

weil das so ist, treten dann die Reaktionen ein, die zu beklagen sind, dass jemand seinen Namen nicht mehr weiß, den Weg nicht weiß, keinen Pass mehr hat. Wir haben als Kirche Verständnis gehabt, als 1993 450.000 Menschen mit dem Anspruch auf Asyl nach Deutschland kamen, dass eine sehr schwere Situation in unserem Lande entstanden war. Es ist mit Kritik und mit zusammengebissenen Zähnen gleichsam diese Asylrechtsänderung dann hingenommen worden, aber wir werden nicht müde, auf diese gravierende Änderung in der Einstellung gegenüber Menschen auf der Flucht hinzuweisen. Ich glaube, dass auch das Kirchenasyl in einem direkten inneren Zusammenhang mit dieser Entwicklung steht. Ich habe in meiner Kirche verschiedene Fälle erlebt von sehr verantwortlichen Kirchenvorständen, die sagen, diese Entscheidung zur Asylverweigerung akzeptieren wir nicht. Wir meinen, dass hier noch einmal nachgefragt und nachgeprüft werden muss, um dem Schicksal eines Menschen oder einer Familie auf der Flucht wirklich gerecht zu werden.

Kirche und Diakonie werden darüberhinaus auch daran erinnern, dass bei allen Maßnahmen, die man im Blick auf Grenzsicherung, im Blick auf Zuwanderung und Einwanderung trifft, das Problem der Illegalität bleibt, gerade weil eine Rückkehrhilfe in Deutschland so schwach ausgebildet ist. Es gibt kein Rückwanderungsmanagement, es gibt keine entscheidende Hilfe, um Menschen einzuladen, die nicht hier bleiben können, freiwillig zurück zu gehen, ihnen den Weg zu erleichtern und ein neues Wurzelschlagen in der alten Heimat zu ermöglichen. Aber auch wenn es so etwas gäbe, auch wenn die Grenzsicherung noch strenger werden würde, es wird Illegale geben, Illegale, die Kinder haben und die lebensbedrohlich krank werden. Und wir werden als Kirche und Diakonie die Frage stellen, ob es Schritte in die Öffentlichkeit gibt für die Illegalen, die nicht direkt in die Abschiebehaft führen. Und wir werden fragen: Könnte es auch Schulunterricht für die Kinder von Illegalen geben, der nicht diese Konsequenz hat. In Italien z.B. gibt es anonymisierte Krankenhausaufenthalte. Illegale melden sich nur krank, geben sich als Kranke zu erkennen, wenn es wirklich nicht anders geht. Ein Beinbruch ist noch kein Grund aus der Illegalität herauszugehen. Zähne ziehen sie sich auch selbst. Aber es gibt Herzerkrankungen, es gibt ganz schwere Erkrankungen, die dann plötzlich diesen Schritt aus der Illegalität hinaus nötig machen. Und damit ist neben der Last der Krankheit noch eine besondere Belastung des Abgeschobenwerdens in

eine völlig unsichere Zukunft verbunden. Deswegen werden wir als Kirche und Diakonie diese Fragen stellen und den Finger auf diese Stelle legen – wie gehen wir um mit den Menschen, die in unbekannter Zahl, aber – wie Experten vermuten – in hoher Zahl (die Schätzungen liegen bei mehreren Hunderttausend) in Deutschland sich aufhalten. Aber Konsens an dieser Stelle ist wohl schwierig herzustellen.

Einvernehmen wird es geben in der Bekämpfung von Fluchtursachen. Flucht hat immer seine Ursachen, auch die so genannte Armutflucht. Wenn wir das Problem der Flucht in Deutschland umfassend angehen wollen, muss die Bekämpfung der Fluchtursachen ein integraler Bestandteil einer aktiven Migrationspolitik sein ebenso wie die Bekämpfung der wirklich bösen, kriminellen, menschenverachtenden Schleusertätigkeit. Ein ausgedehnter Konsensbereich, meine Damen und Herren, bietet sich uns mit dem Stichwort „Integration“. Es gibt eine Fülle von Integrationskonzepten, für den Einzelnen kaum überschaubar. Bei mir auf dem Tisch stapeln sich die Papiere aus allen nur erdenklichen Richtungen. Das ist ein erfreulicher Tatbestand, dass eben das Thema so weit akzeptiert ist, dass sich Arbeitgeberverbände, Gewerkschaften, Kirchen, politische Parteien, und wen ich noch nennen könnte, mit diesem Thema befassen und ihre Gedanken darüber zu Papier bringen. Das ist auch logisch und in sich sinnvoll, denn Migration und Integration gehören zusammen, sind zwei Seiten einer Medaille – wie der Klaus Bade sagt – wobei er hinzufügt, dass es auch eine – das hat er heute nochmals betont und das können wir als Kirche und Diakonie nur unterstreichen – nachholende Integrationspolitik für die geben muss, die sie bisher nicht erreicht hat.

Mannigfaltig sind die Definitionen von Integration: keine gesichtslose Assimilation – sagt der Bundespräsident, eine Alternative zum beziehungslosen Nebeneinander unvereinbarer Kulturen, die immer wieder zu erneuernde Bindung aller an gemeinsame Werte, sagt er in seiner bekannt gewordenen Berliner Rede, ähnlich formuliert es die Diakonie. Klaus Bade sagt: Integration ist nicht einfach eine einseitige Anpassungsleistung der Eingewanderten, sondern ein gesellschaftliches Geschäft auf Gegenseitigkeit, das beide Seiten verändert. In der EKD sagen wir: ein zukunfts-offener Prozess des Zusammenlebens und Austauschs, der Übernahme von Rechten und Pflichten der aufnehmenden Gesellschaft mit dem Ziel einer gleichberechtigten Teilhabe der Zugewanderten am gesell-

schaftlichen Leben. Die Soziologen mögen das noch einmal anders sagen, es gibt eine Fülle von Definitionen, die vielleicht auch ein Indiz dafür ist, wie leidenschaftlich an diesen Fragen von Integration gearbeitet wird. Jeder möchte noch einmal seine besondere Definition von dem, was Integration ist, anführen.

Allerdings besteht inhaltlich große Übereinstimmung. Integration heißt – das sagt jeder – Sprachförderung. Wer in Deutschland leben will auf Dauer, muss deutsch sprechen können. Bei den Aussiedlern soll es so sein, dass sie beim Sprachtest einen deutschen Zeitungsartikel lesen und ihn inhaltlich einigermaßen wieder geben sollen. Da fragt man sich natürlich als Kundiger sofort: Bildzeitung oder FAZ? Es gibt erhebliche Anspruchsunterschiede. Aber jedenfalls Deutschkenntnisse, das ist Konsens. Deutsch für Ausländer, sagt der Bundespräsident, sei ein zentrales Zukunftsprojekt für unsere Gesellschaft. Ohne Deutschkenntnisse scheidet jede Integration. Und da liegt natürlich auch ein Problem, es gibt bereits migrantenkulturelle Milieus, in denen man ohne Deutschkenntnisse den Alltag ohne große Schwierigkeiten bewältigen kann. Alle für den Alltag notwendigen Geschäfte werden in nichtdeutscher Sprache erledigt. Es gibt dann auch diejenigen Migrationskundigen, die sagen, das ist auch gar kein inakzeptabler Zustand, sozusagen ein sicheres Ausgangsbecken, aber es darf dabei nicht bleiben. In der 2. Generation meinte ja Professor Bade, oder in der 3. Generation wird dann der Schritt nach draußen gemacht, wenn man erst einmal richtig angekommen ist im einheimischen und vertrauten Milieu. Aber, ich wiederhole, Deutsch für Ausländer, das ist ein entscheidendes Integrationsprojekt. Deswegen sind Kindergärten, Schulen, Oberschulen und Hochschulen die wichtigsten Orte der Integration. Wie überhaupt Integration Bildung heißt, Bildung schafft Kommunikationsfähigkeit, Bildung verschafft Zugang zu vernünftigen Arbeitsplätzen. Das geht einher mit der Sprachkunde und -fertigkeit.

Integration bedeutet weiterhin die verbindliche Anerkennung der Grundnormen unserer Verfassung, Anerkennung der Freiheitsrechte, besonders der Gleichberechtigung von Mann und Frau – das ist auch schon betont worden. Wer hier leben will, darf an dieser Stelle keine anderen kulturellen Werte und Bindungen leben und propagieren. Integration, sagt der Bundespräsident, braucht langen Atem und Geduld. Sie braucht die Offenheit der angestammten Bevölkerung, noch mehr braucht sie aber – und das gilt heute besonders – die

Bereitschaft und die Anstrengung der neu Dazukommenden, die Bereitschaft, nicht nur zu kommen, sondern auch dazugehören zu wollen. Das ist entscheidend und stellt die Frage: wie wird diese Bereitschaft gefördert und organisiert? Wie wird Integration verbindlich gemacht? Das ist die Meisterfrage im Augenblick in der Integrationsdebatte. Dass sie verbindlich sein muss, dass sie nicht dem Belieben anheim gestellt werden kann, darüber besteht Klarheit und Konsens, aber wie soll sie verbindlich gemacht werden?

Frau Sonntag-Wolgast hat das holländische Modell des Integrationsvertrages angesprochen und gesagt, dass der Beauftragte für die Spätaussiedler das ebenfalls an zwei Stellen ausprobiert. Möglicherweise ist dieses Konzept konsensfähig. Von Holland könnte man lernen, wie ein vertraglich geregelter Integrationskurs funktioniert, der mit Anreizen arbeitet und möglicherweise auch mit Sanktionen, wenn seine Bedingung nicht eingehalten wird. Ungeklärt in dem Feld, in dem ein breiter Konsens zu beobachten ist, ist die Frage, die entscheidende Frage der Kosten. Was kostet dieses Unternehmen Integration – eine Integration, die ihren Namen verdient, die effektiv ist und ihr Ziel erreicht? Da gibt es sehr schwankende Werte von mehreren hundert Millionen bis zu mehreren Milliarden. Hier wird ein gehöriges Fingerhakeln entstehen, und zwar zwischen Bund und Ländern, zwischen Bund und Kommunen, wenn dann dieses Konzept endgültig entwickelt worden ist. Aber in all den Konzepten, die ich bisher gelesen habe, wird die Kostenfrage sehr zurückhaltend angesprochen. Ich muss allerdings darauf aufmerksam machen, dass sie einen zentralen Stellenwert einnehmen wird. Und da unsere Meinungsbildung in der Diakonie insbesondere – wir sind ja auch mit unseren eigenen Einrichtungen und Angeboten herausgefordert – noch nicht abgeschlossen ist, wird die Finanzierbarkeit ein wichtiger Punkt sein. Denn nur das kann durchgeführt werden, was auch bezahlt wird. Diesen nüchternen Satz muss man an dieser Stelle sagen – ich weiß das auch aus der Arbeit in der Kommission, dass hier ein ganz neuralgischer Punkt vorhanden ist. Und wir werden als Kirche und Diakonie dazu nicht schweigen können.